

ÄNDERUNGSANTRAG

der SPD - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Fraktion

zur Beschlussvorlage der Oberbürgermeisterin

Drucksache 01623/2013

3. Fortschreibung "Strategiepapier zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit in Trägerverbänden 2014"

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 werden der zweite Satz gestrichen und folgende Sätze angefügt:

"Für alle Beschäftigten in der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit ist eine Wochenarbeitszeit von 35 Stunden (0,875 VBE) bei Bezahlung nach Tariflohn zu gewährleisten. Für Beschäftigte, die eine Beibehaltung der derzeitigen Wochenarbeitszeit wünschen, sind Ausnahmen hiervon zulässig. Die Umsetzung der Erhöhung der Wochenarbeitszeit darf nicht durch den Abbau von Stellen kompensiert werden. Jede weiterführende Schule ist bedarfsgerecht mit Schulsozialarbeitern/innen auszustatten. Für die Grundschulen, die bisher über keine Schulsozialarbeiter/innen verfügen, sollen flexible Schulsozialarbeiter/innen - Stellen eingerichtet werden."

2. Nummer 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:

"Für Angebote in den Jahren 2015 bis 2017 wird die Verwaltung beauftragt, bis zum 30.06.2014 die vierte Fortschreibung des „Strategiepapiers zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit in Trägerverbänden 2015-2017“ ohne finanzielle Einschränkungen durch eine Evaluations-Arbeitsgruppe mit Kindern und Jugendlichen sowie Vertretern der Leistungsanbieter und der Fraktionen der Stadtvertretung vorzubereiten. Die Gruppe soll darüber hinaus im gesamten Zeitraum der vierten Fortschreibung unter Einbeziehung der Bedarfsanalysen der Trägerverbände auf Bedarfsveränderungen bei der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit reagieren und entsprechende Umsetzungsvorschläge dem Jugendhilfeausschuss vorlegen."

3. Nummer 3 wird ersatzlos gestrichen.
4. Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3 und die bisherige Nummer 5 wird Nummer 4.

Begründung:

Ggf. mündlich.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Daniel Meslien'.

Daniel Meslien und Fraktion

**Lesefassung
des geänderten Beschlussvorschlages auf DS 01623/2013**

1. Die Stadtvertretung beschließt die 3. Fortschreibung „Strategiepapier zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit in Trägerverbänden für das Jahr 2014“ ohne Berücksichtigung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 49.1-1 im Jahr 2014. Für alle Beschäftigten in der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit ist eine Wochenarbeitszeit von 35 Stunden (0,875 VBE) bei Bezahlung nach Tariflohn zu gewährleisten. Für Beschäftigte, die eine Beibehaltung der derzeitigen Wochenarbeitszeit wünschen, sind Ausnahmen hiervon zulässig. Die Umsetzung der Erhöhung der Wochenarbeitszeit darf nicht durch den Abbau von Stellen kompensiert werden. Jede weiterführende Schule ist bedarfsgerecht mit Schulsozialarbeitern/innen auszustatten. Für die Grundschulen, die bisher über keine Schulsozialarbeiter/innen verfügen, sollen flexible Schulsozialarbeiter/innen - Stellen eingerichtet werden.
2. Für Angebote in den Jahren 2015 bis 2017 wird die Verwaltung beauftragt, bis zum 30.06.2014 die vierte Fortschreibung des „Strategiepapiers zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit in Trägerverbänden 2015-2017“ ohne finanzielle Einschränkungen durch eine Evaluations-Arbeitsgruppe mit Kindern und Jugendlichen sowie Vertretern der Leistungsanbieter und der Fraktionen der Stadtvertretung vorzubereiten. Die Gruppe soll darüber hinaus im gesamten Zeitraum der vierten Fortschreibung unter Einbeziehung der Bedarfsanalysen der Trägerverbände auf Bedarfsveränderungen bei der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit reagieren und entsprechende Umsetzungsvorschläge dem Jugendhilfeausschuss vorlegen.
3. Hinsichtlich der beantragten Erhöhung bei bestehenden Angeboten von ca. 100.000,00 EUR wird im Zuge der Bewilligung der Leistungen nach Kenntnis der Fördermittel seitens des Amtes entschieden.
4. Die für 2014 ff. neu beantragten Angebote finden keine Berücksichtigung.